

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 25. April 1916.

Vor einem Jahr und heute.

Es ist notwendig, einmal über ein Jahr der Entwicklung nachzusehen, um die ganze Höhe der Nahrungsmittel-erwartungen und die wirtschaftlichen Kriegskosten zu erkennen. Der Mensch lebt zu sehr von heute, die Sorgen des Alltags nehmen sein ganzes Leben in Anspruch, so vergißt er leicht, wie es war und was er gegessen hat. Wer denkt noch daran, daß es vor einem Jahr gab, in der guten Wollereibutter sehr viel billiger als jetzt gelbe Seife! Es klingt wie eine Kunde aus längst entschwundenen Zeiten, und doch ist seitdem erst ein Jahr verstrichen.

Das uns ein Jahr der Preisentwicklung brachte, das eine Zahlenreihe erkennen, die wir in der „Vossischen Zeitung“ finden. In Berlin wurden am 3. April 1915 für 115er (Lebendgewicht) 62.50 Mark pro Zentner bezahlt, am 25. März 1916 betrug der Preis 150 Mark, am 1. April 1916 210 Mark. Also 2½ mal soviel wie im April 1915 kostete jetzt das Kalbfleisch am Berliner Viehmarkt. Für Mast- und Schlachtkühe stieg der Preis für den Zentner Lebendgewicht von 125.00 Mark auf 122.50 Mark. Vossische Schweine (220 Pfund) kosteten im April 1915 82 Mark, im April 1916 128.70 Mark pro Zentner. Für Schweine im Gewicht von 220 bis 240 Pfund stieg der Preis von 82 Mark auf 125 Mark. Der Großhandelspreis für 1 Zentner Schmalz stieg von 80 Mark auf 245 Mark, für Fleisch von 76.50 Mark auf 230 Mark. Im Kleinhandel stieg im April 1915 1 Pfund Rindfleisch (Brut) 91 Pfg., am 1. April 1916 mußten 2.65 Mark bezahlt werden. Eine Preissteigerung von 1.74 Mark für ein Pfund Fleisch in einem Jahre.

Butter stieg von 1.74 Mark das Pfund auf 2.80 Mark. Dieser Grenze gebot der Höchstpreis-Einhold, sonst wäre das vielbegehrte Nahrungsmittel zweifellos schon doppelt so teuer. Die Preise für Gemüse stiegen in gleicher Weise. 1 Zentner Kohlraben kostete im April 1915 6.70 Mark, in diesem Jahre 15.70 Mark. Rottkraut stieg von 10 Mark auf 44.70 Mark, Weißkohl von 10.50 Mark auf 32.50 Mark. Für Rot- und Weißkohl mußte man mehr als dreimal, für Kohlraben mehr als zweimal so viel bezahlen als in der gleichen Woche des Vorjahres.

Welche ungeheure Preissteigerung alle Waren überhaupt erfahren haben, zeigt folgende kleine Preisübersicht, die wir im Geschäftsbericht des Darmstädter Konsumvereins finden und die typisch ist für andere Städte. Es kosteten:

	im Frieden	heute
Salatöl	1 Sa. 0.83 Mk.	5.46 Mk.
Seife	1 Pfd. 0.25	2.00
Kaffee	1 „ 0.84	5.90
Kahle	1 „ 0.91	2.76
Kahle	1 „ 1.28	3.34
Schmalz	1 „ 0.67	3.40
Berlin	1 Stk. 0.05	0.18
Wurst, ganz	1 Stk. 2.88	6.02
Wurst, schwarz, ganz	1 „ 1.51	8.09
Wurst, ganz	1 „ 1.68	5.45
Wurst, schwarz . . .	1 „ 2.97	5.28
Wurst, ganz	1 „ 0.46	2.40
Wurst	1 „ 0.53	1.42
Wurst	1 „ 0.51	3.82
Wurst, ruff.	1 „ 0.64	2.67

Diese verdoppelten und verdreifachten Preise für wichtige Nahrungsmittel sind Mahnungen für die Haushaltungskunst der Frauen in jenen Volkskreisen, wo das Einkommen gleich blieb oder nur durch eine winzige Kriegszulage aufgeflickt wurde. Wir bescheiden nehmen sich diesen Preissteigerungen gegenüber die berühmten Kriegslöhne der Arbeiter in der Kriegsindustrie aus. Wenn ein Arbeiter durch vier Stunden 10 oder 15 Mark mehr verdient als in Friedenszeiten, was will das sagen angesichts der teilsweise um 200 Prozent emporgeschrittenen Lebensmittelpreise?

Die Steigerung der Preise in der Kriegszeit wird als natürlich angesehen. Es gibt sogar Volkswirtschaftler, die als sehr erwünscht bezeichnen, weil sie die Produktion anregen. Daneben sollen sie angeblich zur Sparfamkeit im Nahrungsmittelverbrauch anregen. Ob aber dieses Maß der Preissteigerung volkswirtschaftlich noch erwünscht sein kann, ob damit Sparfamkeit gepflegt wird, ist stark zu bezweifeln. Es kann keine gute Volkswirtschaft und keine Sparfamkeit sein, wenn die Volkswirtschaft, das Fortbestehen, nicht geschützt wird. Und welche Werte hier in der Kriegszeit vernichtet wurden, weil es am rechten Schutze durch den Staat gemangelt hat, das wird die Zukunft lehren.

Sicherstellung der Milch für Kinder und Kranke.

Der Magistrat hat sich, wie aus dem Angelegteil hervorgeht, um eine besondere Bestimmung für die Sicherstellung der Milch für Kinder und Kranke zu befassen, da die von Lieferanten und Großverbraucher freiwillig zur Verfügung gestellte Milch nicht ausreichte, um alle Antragsteller zu befriedigen. Aus der Verordnung spricht deutlich die Absicht, an den bestehenden Bestimmungen der Milchversorgung Wiesbadens nur so viel zu ändern, wie unbedingt notwendig ist. Die Lieferanten sollen in erster Linie den Großverbraucher, d. h. den Cafés, Restaurants usw., die große Milchmenge herabsuchen und die so frei werdenden Mengen den Vorzugsverbraucher liefern. Der Verbrauch von Milch in Cafés, Restaurants usw. wird gleichzeitig durch ein besonderes Verbot der Verwendung von Frischmilch, Trockenmilch usw. für Tee und Kaffee nach 10 Uhr morgens eingeschränkt. Den Haushaltungen, in denen sich vorzugsberechtigten Kinder und Kranke befinden, dürfen die Lieferanten keine Milch zugewiesen werden, wenn der festgesetzte Mindestbedarf gedeckt bleibt. Genaue Angaben ohne Vorzugsverbraucher, die bis jetzt noch reichliche Milch bekommen haben, sollten ihren Lieferanten freiwillig mitteilen, auf welche Milchmenge sie verzichten können und so den Lieferanten die Abgabe an die Vorzugsverbraucher zu erleichtern helfen. Es wäre im Interesse der Milchversorgung der gesamten Stadt erwünscht, wenn die Abgabe auf die Zuweisung von Milch sich auf das unbedingt notwendige Maß beschränken würden. Verhandlungen hiergegen werden vom Magistrat unnachlässiglich verfolgt.

Weil manchem Lieferanten die Lieferung von Milch in alle Stadtteile während des Krieges Schwierigkeiten bereiten würde, hat der Magistrat die Vermittlung zwischen Lieferant und Verbraucher durch die Einrichtung eigener Verkaufsstellen übernommen. Die Milchabgabe in diesen Verkaufsstellen kann aus den verschiedensten Gründen, insbesondere in Rücksicht auf die leichte Verderblichkeit der Milch, naturgemäß nur eine beschränkte sein. Wer als Nichtvorzugsverbraucher die Milchmenge entzogen oder herabgesetzt bekommt, kann sich durch die Verwendung von kondensierter und Trockenmilch Ersatz beschaffen.

Sport und Körperpflege.

Von der Zentralkommission für Sport- und Körperpflege schreibt man uns:

Früher als in Friedenszeiten hat diesmal die Jugend des arbeitenden Volkes die Volksschule verlassen, um in die Erwerbsarbeit einzutreten. Mehr als je wird auch die Arbeitskraft der jungen Leute in Anspruch genommen; aber weniger denn je ist für sie der Zeit geblieben. Es mag daher für manchen fraglich sein, ob es jetzt angebracht ist, diese jungen Leute zum Anschluss an die Arbeiter-Turn- und Sportvereine aufzufordern. Aber die Frage ist dennoch zu bejahen. Die Jugend muß sich im neuen Arbeitsverhältnis an eine einseitige, sich stets wiederholende Bewegungsform gewöhnen; das ist in der ersten Zeit nicht nur äußerst lästig, sondern gefährlich auch gar zu leicht Haltungsschäden an, die, wenn sie nicht rechtzeitig bekämpft werden, später nur schwer zu beseitigen sind und nicht selten schwere gesundheitliche Nachteile im Gefolge haben. Turnen und Sport schützen den Körper vor solchen Gefahren, denn sie gewöhnen den Körper durch ihre vielfältigen Bewegungen die Möglichkeit eines Ausfalls. An sich bedeuten die Vorbereitungen eine vermehrte Arbeit und damit auch eine vermehrte Kraftausgabe; aber durch die allseitige Muskelspannung in spielerisch freien Formen wirken sie einseitiger Ermüdung gerade entgegen. Sie unterstützen die Blutgefäßbildung und den Stoffwechselprozess in hervorragender Weise und wirken damit auch auf das geistige Finden ein. Ihre Erfolge sind Kraft und Gemüthsruhe und ein frohes Gemüt.

Jetzt mit beginnender Sommerzeit ist es möglich, den Betrieb ins Freie zu verlegen und damit dem Körper die Wohltaten der Bewegung in freier, frischer Luft zugänglich zu machen. Da kommt dem Sport die Einführung der Sommerzeit sehr zustatten. In Zukunft haben die Sportler eine halbe Stunde des Abends mehr zur Verfügung; das bedeutet für die Arbeiter eine große Vorteil, der aber nur dann voll ausgenutzt wird, wenn wie die gewonnene Freizeit im Freien verbringen.

Die Arbeiterportvereine werden nicht verstanden, die Vorteile der Sommerzeit für sich auszunutzen; in das damit ein seit langer Zeit von ihnen geäußelter Wunsch in Erfüllung gegangen.

Es mag hier bemerkt werden, daß die bekannten Jugendverbände der Militärbehörden die Jugend nicht hindern, an den sportlichen Veranstaltungen teilzunehmen.

Wir richten an die arbeitende Jugend dringender denn je die Aufforderung, sich den Arbeiterportvereinen anzuschließen. Gerade in der heutigen schweren Zeit können wir alle einen Sorgenbrecher gewinnen. Ein solcher ist der Sport in allen seinen Formen; denn Frohsinn und bessere Lebenslust gedeihen nirgends besser, als auf dem Turn- und Sportplatz im Kreise frohlicher Genossen.

Der Neubau der Landesbank ist trotz der schwierigen Verhältnisse energisch gefördert worden. Wenn auch die für die Fertigstellung der einzelnen Arbeiten vorgesehenen Termine nicht eingehalten werden konnten, so ist es doch möglich gewesen, nicht nur die Rohbauarbeiten zu vollenden, sondern auch einen großen Teil des inneren Ausbaues fertigzustellen. Das Gebäude ist unter Dach, die Fenster sind eingesetzt, der äußere Putz, sowie der Innenputz, einschließlich der Stuckarbeiten, ist fertig. Die Heizungsanlage ist einmontiert und in Betrieb genommen, ebenso sind die Installationen der elektrischen Leitungen und die Wasser-, Zu- und Ableitungen größtenteils fertiggestellt. Nach zur Aufstellung zu bringen sind im wesentlichen die Schreinerarbeiten, die Fußbodenbeläge und der Außenputz der Straßenfront, Arbeiten, die sämtlich vergeben sind, sowie die Antreiber- und Tapezierarbeiten. Es darf damit gerechnet werden, daß der Bau im Sommer vollendet sein wird.

Gestorben wurde bei Seidesheim die Leiche des 15 Jahre alten, am 31. März im Rhein bei Seidesheim ertrunkenen Sohnes des Sanitätsunteroffiziers Wilhelm Arie aus Wiesbaden.

Ein wälder Austritt ereignete sich in der Nacht zum Samstag in der Hochstättstraße. Ein dort wohnendes Ehepaar geriet in Streit, in dessen Verlauf der Mann demweilen außer sich geriet, daß er die ganze Möbel auf die Straße warf. Vier Schulleute waren notwendig, um den Rasenden zur Ruhe zu bringen.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Biebrich, 24. April. (In den Rhein gestürzt.) Am Donnerstagabend 10 Uhr stürzte sich an der Landungsbrücke des Wiesbadener Rudervereins eine unbekannte Frauensperson in den Rhein und ertrank. Die Frau ist etwa 1.50 Meter groß. Zur Ermittlung erbittet die Polizei nähere Angaben. — Aufführung der Allg. Ortskrankenkasse. Die Aufführung der Allg. Ortskrankenkasse findet am Mittwoch den 10. Mai im „Kaiser Hof“ statt. Anträge müssen von mindestens 6 Vertretern unterzeichnet an den Vorsitzenden des Vorstandes eingereicht werden.

Biebrich, 24. April. (Diebstahl.) Einem Eisenbahner an der Strecke Biebrich-Ortenheim wurden in der Nacht von Freitag auf Samstag zwei wertvolle Rucksäcke gestohlen. In derselben Nacht wurden im Feldweg hinter dem Straßenbahndepot 40 wertvolle Hühner gestohlen. Die Diebe kamen über die Einfriedigung in den Hühnerhof, schlachteten die Tiere im Stall ab und ließen die Köpfe auf dem Wege liegen. Inhaber dieser Tiere sind Schaffner und Arbeiter auf der elektrischen Straßenbahn, die Kriegsdienst verrichten. Gossentlich gelang es der Polizei, die frechen Räuber zu fassen. Der Wäme Metz aus dem Ortenheimer Weg wurde eine hochtragende Ziege aus dem Stall geholt. Der Täter führte das Vieh, um die Spur zu verwischen, auf Umwegen nach Ortenheim. Die Polizei nahm mit einem Hunde die Spuren auf, und es gelang ihr auch, den Dieb zu ermitteln. Er zahlte der Frau Metz 50 Mark und will alle Wochen 10 Mark abtragen, bis der Betrag von 100 Mark erreicht ist. Dafür hätte er vier Ziegen kaufen können. Außerdem hat er noch gerichtliche Strafe zu erwarten.

Aus den umliegenden Kreisen.

Preisprüfungsstellen und Amtsbehörden.

Wie schwer es den Preisprüfungsstellen mitunter zu macht wird, ihre Aufgaben bestimmungsgemäß zu erfüllen, ergibt sich aus einem Bericht des Marburger Ausschusses: „Werden Maßnahmen von einschneidender Bedeu-

tung für die ländliche Bevölkerung geplant, so scheitern sie an dem Widerstand oder der Passivität der Kreisbehörden, die es mit ihren Landeuten nicht verderben wollen. Treffen solche Maßnahmen die städtische Bevölkerung, so scheitern sie an einflussreichen städtischen Kreisen. Die hiesige V. P. S. hat zum Beispiel einstimmig die Einführung der Butterkarte beschlossen. Die bäuerliche Bevölkerung sollte die Ware an eine Zentralfabrik abliefern, der dann die Verteilung oblag. Der Magistrat hat diesen Antrag zweimal abgelehnt. Er will zwar Butterkarten einführen; der Hausverkauf durch die Bauern soll aber weiter bestehen bleiben. Da aber hierbei jede Kontrolle ausgeschlossen ist, werden weite Kreise nach wie vor ohne Butter bleiben. Die von der Preisprüfungsstelle beschlossene Bestandsaufnahme für Fleisch, Wurst, Fett usw. in den Haushaltungen hat der Magistrat gleichfalls abgelehnt.“

Dieses Verhalten läßt deutlich erkennen, wie sehr der Magistrat den wohlhabenderen Kreisen der Bevölkerung Rechnung trägt; denn diese sind es, die die Butter ins Haus gebracht erhalten und die ganz zweifellos reichlich mit Vorräten an Wurst, Schmalz und Fett versehen sind. Daher die Säben vor einer Bestandsaufnahme. Den ärmeren Leuten aber predigt man, sie sollen nicht hamstern. Je länger der Krieg dauert, desto unerbittlicher tritt der Egoismus der Besitzenden zu Tage.

Künstliche Verteuerung der Kartoffeln.

Der Preisbedarf des Oberrheinkreises an Kartoffeln wurde in diesem Jahre von dem Kreise Biedenkopf in Höhe von 4100 Zentnern gedeckt. Der Preis der Kartoffeln, der von den einzelnen Kreisgemeinden bezahlt wurde, setzte sich, wie der Verwaltungsbericht des Kreises mitteilt, wie folgt zusammen:

Höchstpreis	4.80 Mk. für den Zentner
Kartoffelgebühr	0.20 „ „ „
Schleife	0.10 „ „ „
Aufbewahrungsgebühr für den Erzeuger . . .	2.50 „ „ „
Summe	7.60 Mk. ohne Frachtkosten.

Rechnet man die Frachtkosten mit gering 0.40 Mark für den Zentner ein, so erhöht der Zentner Kartoffeln von Biedenkopf bis Gomburg eine Verteuerung von 4.80 auf 8 Mark oder um 66½ Prozent, wovon die Erzeuger allein 7.30 Mark für den Zentner Kartoffeln erhielten. Das ist das Drei- bis Vierfache gegen die Friedenspreise. Unsere lieben „teuren“ Landwirte machen also auch in Kriegzeiten glänzende Geschäfte. Aber Wucher ist das nicht!

Griesheim, 24. April. (Aus der Partei.) Eine gutbesuchte Mitgliederversammlung am Freitag nahm den Jahresbericht des Vorstandes entgegen, aus dem zu entnehmen war, daß im Laufe des Jahres 12 Versammlungen stattfanden, darunter eine öffentliche, in der die Lebensmittelfrage während des Krieges behandelt wurde. Die Unstände machten es auch notwendig, mit den Kriegsfrauen einige Versammlungen abzuhalten. Im Bericht wurden auch die Gemeindevorstände erwähnt und die Unstimmigkeiten, die sie im Gefolge hatten. Den Parteimitgliedern, die ihr Wahlrecht nicht ausübten oder dem Parteibeisatz zuwiderhandelten, soll eine Rüge erteilt werden. Durch Tod verlor die Partei 8 Mitglieder, darunter 5 auf dem Schlachtfeld, denen die übliche Ehrung zuteil wurde. 230 Genossen stehen unter den Waffen. Der Kassenbericht des vierten Quartals ergab eine Einnahme für die Kreiskasse von 175 Mark, für die Lokalkasse 97 Mark. Der Umlauf der Korbvorteile betrug 199 Mark. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Zu einer langen Aussprache kam es betreffs des Pressekreises und der Haltung der Reichstagsfraktion, an der sich die Genossen Weber, Seuzeroth, Hooden, Vogler und Meier beteiligten. Obgleich von allen Rednern die im Flugblatt angeführten Tatsachen als richtig anerkannt wurden, traten doch die Vermittlungsansichten in den Vordergrund, da es für die örtlichen Verhältnisse schlecht angebracht ist, dem Flugblatt Solas zu leisten. Eine Abstimmung über die Parteistreitigkeiten fiel zugunsten der Fraktionsmehrheit aus. Als Delegierte wurden die Genossen Weber, Hooden, Rabe und Kramer bestimmt.

Schwanheim, 22. April. (Wohnenverkauf.) Am Mittwoch den 20. d. Mts. findet bei den Spegereichholdern der Verkauf von Wohnen unter Vorlage der Gültenscheinarten statt. Für jede Person wird ¼ Pfund abgegeben. Preis für das Pfund 42 Pfennig. — (Wegen Mindererwerb) werden, wie das Amtsblatt meldet, am Dienstag etwa 300 Laibe Brot von verschiedenen Bäckern an Unbemittelte und Bedürftige verkauft. Recht so! Den Herrn muß auf die Finger gesehen werden. Das Brot langt den Armen so nicht, da brauchen die Bäcker nicht nach einem Extraprofit herauszugehen. Nach ihrer Ansicht ist natürlich der Kartoffelgang schuld. Hause Ausrede!

Darmstadt, 25. April. (Die Gläubiger haben das Nachsehen.) Ueber den Nachlaß der Mörderin ihres Ehemannes Heinrich, die sich bald nach der Verurteilung zum Tode vor zwei Jahren im Gefängnis selbst entsetzt hat, ist der Konkurs eröffnet worden. Am hiesigen Landgericht schwanden mehrere Zivilprozesse, die die Entzerrung der Heinrich resp. die Ungültigkeitserklärung einer Testamentsbestimmung bezogen, nach der die Heinrich den Betrag von 30 000 Mk. aus dem Vermögen ihres Mannes erhalten sollte. Die Beklagte wurde auf Grund des Gesetzes als erbnachfolgend erkannt und die Schenkung als ungültig erklärt. Damit ist der Nachlaß um seinen Hauptbestandteil gekürzt und die Gläubiger dürften das Nachsehen haben.

Weglar, 24. April. (Aus einem Kreishaushaltsplan.) Der Kreis Altenkirchen zählte schon seit Kriegsbeginn zu denjenigen Kreisen, die den Familien der Kriegsteilnehmer angemessene Unterhaltungen bewilligten. Im Kreishaushaltsplan für 1916 wurden wiederum für diesen Zweck 1 767 500 Mark einstimmig bewilligt. Für Ausgaben an Kriegswirtschaftlichen Maßnahmen des Kommunalverbandes wurden außerdem 301 000 Mark in den Etat eingestellt, während die Einnahmen hierfür mit 309 000 Mark festgesetzt sind. Ferner stimmte der Kreistag der Errichtung einer Schweinefleischanlage zu. Solche Entschlüsse sucht man im Kreise Weglar vergeblich.

Vereine und Versammlungen.

Biebrich. A.-G.-S. „Vorwärts“. Mittwoch 8½ Uhr: Gefangene.

